

um die mit dem Gesetz angestrebte Betreuung von jeweils 3000 Werkträgern durch einen Betriebsmediziner zu erreichen.

Dem „Arbeitssicherheitsgesetz“, seiner Umsetzung vom Papier in die Wirklichkeit, steht vor allem entgegen, daß sich die Unternehmerverbände energisch allen Versuchen widersetzen, einen Teil ihres Profits für wirksame gesundheitliche Maßnahmen zum Schutz der Werkträgern abzuzweigen. Nach dem öffentlichen Eingeständnis des Großkapitals sind die Betriebe weder eine Wohlfahrts-einrichtung noch eine karitative Anstalt, sondern letztlich eine Einrichtung ausschließlich zur Erzielung von Profit.

Diesen grundsätzlichen Standpunkt unterstrich die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände der BRD in einer im Sommer 1974 veröffentlichten

Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen. Dort heißt es sarkastisch: „Für die Sicherung und Erhaltung seiner Gesundheit ist weitgehend der einzelne selbst verantwortlich.“

Gleichzeitig wendet sich dieser Verband des Großkapitals gegen alle gesetzlichen Regelungen, mit denen die Unternehmer auf die Erfüllung bestimmter, über das gegenwärtige Maß hinausgehender Arbeitsschutz- und Gesundheitsfürsorge-Regelungen verpflichtet werden könnten. Das Großkapital fordert: Der Gesetzgeber sollte für eigene Bemühungen der Betriebe auf diesen Sektoren einen genügenden Freiraum erhalten. Eine zu starke Reglementierung des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes, so wird begründet, birgt die Gefahr in sich, daß Eigeninitiativen der Betriebe gelähmt werden.

Mit der Arbeitshetze steigt die Unfallgefahr

Wie die „Eigeninitiative“ des Großkapitals in der BRD in dieser Beziehung aussieht, machte 1973 ein BRD-Mediziner in einem Vortrag vor Medizinstudenten deutlich. Als einen entscheidenden Grund für die hohe Zahl der Arbeitsunfälle nannte er die „permanente Überforderung in der betrieblichen Arbeit“. Hinter dieser vorsichtigen Formulierung verbirgt sich die kapitalistische Arbeitshetze, die eine maximale Ausschöpfung der Arbeitskraft gewährleistet, die Regenerationspausen unter die erträgliche Grenze verringert und die Ermüdung auf den Höhepunkt treibt.

Gerade durch die von Profitstreben diktierte Arbeitshetze werden in wachsendem Maße die strikte Beachtung von Arbeitsschutzvorschriften bzw. das Benutzen der Arbeits-

Schutzkleidung verhindert, von der sowieso meist nur die billigsten Modelle angeschafft werden, da es sich ja um „unproduktive Ausgaben“ handelt. Da nun einmal im Kapitalismus der Profit — und nicht der Mensch — das Primat hat, wird von der Arbeitshetze kein Abstrich getan.

Eine weitere wesentliche Seite der Arbeitsbedingungen im Kapitalismus ist die permanente Angst vor Krankheit überhaupt. In Krisenzeiten verschärft sich der davon ausgehende Druck besonders stark. Zehntausende Werkträgern gehen auch in dringenden Fällen nicht zum Arzt — aus Furcht, krank geschrieben zu werden. Die BRD-Illustrierte „Quick“ vom 5. Dezember 1974 veröffentlichte unter anderem das Eingeständnis des Pressesprechers des Audi-Konzerns:

„Diese Entwicklung betrachten wir als normal. In einer Wirtschaftskrise wird der Krankenstand immer geringer sein, da sich die Arbeiter dann ... sehr genau überlegen, ob sie sich krank schreiben lassen oder Weiterarbeiten.“

Was die Kapitalisten als normal bezeichnen, ist für die Werkträgern gefährlich, denn verschleppte Krankheiten führen oft zu chronischen Leiden, was die zunehmende Zahl von Frühinvaliden und Frührentnern beweist. Aus Untersuchungen in der BRD geht hervor, daß von den etwa 600 000 Werkträgern, die jährlich aus dem Berufsleben ausscheiden, etwa 300 000 wegen „Erwerbs- und Berufsunfähigkeit“ vorzeitig zu Rentnern werden.

Kehren wir zum Schluß noch einmal zu jener Aussage der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände der BRD zurück, in der verlangt wird, der einzelne Mensch im Kapitalismus möge gefälligst selbst für seine Gesundheit sorgen. Stellen wir diese zynische Äußerung jenem Grundsatz gegenüber, wie er in den Beschlüssen unseres VIII. Parteitagess verankert ist: „Die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der Bürger ist als gemeinsame Aufgabe der ganzen Gesellschaft zu verwirklichen.“³⁾ Allein an Hand auch dieser beiden Grundsätze wird der prinzipielle Unterschied beider Gesellschaftsordnungen offenbar, wird sichtbar: Der Kapitalismus war und ist menschenfeindlich. Die wahre Menschlichkeit kann sich allein im Sozialismus entfalten.

Siegfried Ullrich

1) Dokumente des VIII. Parteitages der SED, Berlin 1971, S. 35

2) Marx/Engels Werke, Bd. 23, Berlin 1969, S. 281, 285

3) Dokumente des VIII. Parteitages der SED, Berlin 1971, S. 123